

# Regierung wird der Initiative «Familie und Beruf» nicht im Weg stehen

MELANIE FETZ

**VADUZ.** Vergangene Woche hat die Wirtschaftskammer ihre Initiative «Familie und Beruf» vorgestellt. Unter anderem geht es dabei um die Kita-Finanzierung. Nun stellt sich die Frage, ob der Vorschlag der Wirtschaftskammer und jener der Regierung miteinander konkurrenzieren und was dies für das weitere Vorgehen bedeutet. Denn es können nicht beide Vorschläge eins zu eins umgesetzt werden.

«Grösstenteils ist der Vorschlag der Wirtschaftskammer, was die Kita-Finanzierung angeht, mit dem Vernehmlassungsentwurf identisch», informiert Generalsekretär Sandro D'Elia vom Ministerium für Gesellschaft. Einziger relevanter Un-



Bild: istock

Das Thema «Familie und Beruf» steht derzeit im Fokus.

terschied sei, dass die Wirtschaftskammer den FAK-Beitrag der Arbeitgeber im Gesetz festzuschreiben will. «Unser Vorschlag

sieht eine Prozentzahl und eine diesbezügliche Verordnungskompetenz der Regierung vor.»

Die Initiative der Wirtschafts-

kammer betreffe zudem nur den Beitrag der Arbeitgeber. In der Vernehmlassungsvorlage seien auch Bestimmungen über den Beitrag von Staat und Gemeinden enthalten.

«Für das Ministerium für Gesellschaft geht es primär um die Lösung eines bestehenden Problems. Nämlich die Verbesserung im Bereich der Finanzierung der ausserhäuslichen Kinderbetreuung», sagt D'Elia. Teilweise gebe es lange Wartelisten für die subventionierten Plätze, was für Eltern störend sei. Um das Problem zu lösen, gebe es verschiedene Wege. Der «konventionelle Weg» wäre jener über die Regierungsvorlage mit Lesung und Verabschiedung. Der Weg über eine Initiative führe aber auch ans Ziel.

Da die FAK-Beiträge von den Arbeitgebern entrichtet werden, sei das Interesse der Wirtschaftskammer legitim, hier das Zepter selbst in die Hand zu nehmen. Die FAK erwirtschaftete seit Jahren einen hohen Überschuss. Die Arbeitgeberorganisationen, welche in der Kita-Finanzierungs-Arbeitsgruppe der Regierung vertreten waren, hätten nicht verlangt, dass die Beiträge gekürzt werden. Sie schlugen stattdessen vor, die Überschüsse für die Subventionierung zu verwenden. «Damit engagieren sich die Arbeitgeber neben Staat und Gemeinden auch in diesem Bereich.»

## Demokratie hat Priorität

In diesem Sinne werde die Regierung der Initiative sicher

nicht im Weg stehen. Sie werde über das weitere Vorgehen informieren, wenn der konkrete Gesetzestext vorliegt und geprüft wurde. Grundsätzlich gilt laut Ministerium aber, dass die direkte Demokratie Priorität hat.